

Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich

SWV

Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband
Österreich

Zu Punkt 8.7

der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.11.2025

Rechtssicherheit und Planungssicherheit bei Geschäftsmieten schaffen

Die laufenden Kostenbelastungen vieler Betriebe bleiben trotz rückläufiger Inflation hoch. Neben Energie- und Personalkosten steigen auch die Mieten für Geschäftsräume deutlich an. Besonders in städtischen Lagen und bei indexierten Mietverträgen führen diese Kostensteigerungen zu einer massiven finanziellen Belastung – vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.

Das derzeit beschlossene Mietenwertsicherungsgesetz soll Mieter:innen vor übermäßigen Mietsteigerungen schützen. Unklar ist jedoch, ob und in welchem Umfang gewerbliche Mieten – also jene für Geschäftsräume, Ordinationen oder Betriebsstätten – tatsächlich von dieser Regelung erfasst sind.

In Österreich unterliegen gewerbliche Mietverträge in der Regel dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) und nicht dem Mietrechtsgesetz (MRG). Dadurch sind sie von vielen mietrechtlichen Schutzmechanismen – einschließlich Preisbegrenzungen – ausgenommen. Das bedeutet konkret: Während private Mieter:innen durch gesetzliche Regelungen entlastet werden, müssen Unternehmer:innen in vielen Fällen weiterhin die volle Indexanpassung ihrer Mieten tragen.

Eine faire Mietpreisbremse muss daher auch jene berücksichtigen, die wirtschaftliche Verantwortung tragen, Lehrlinge ausbilden und Beschäftigung sichern. Gerade für Betriebe, die von Inflation und Nachfrageeinbruch betroffen sind, ist Planungssicherheit bei Mietkosten entscheidend für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs.

Die Wirtschaftskammer Österreich sollte sich daher aktiv dafür einsetzen, dass Unternehmer:innen von der Mietpreisbremse tatsächlich profitieren – auch dort, wo die derzeitige Rechtslage keine eindeutige Regelung vorsieht – und dass auf Bundesebene rechtliche Klarheit geschaffen wird, damit gewerbliche Mieten nicht systematisch von Entlastungsmaßnahmen ausgeschlossen bleiben.

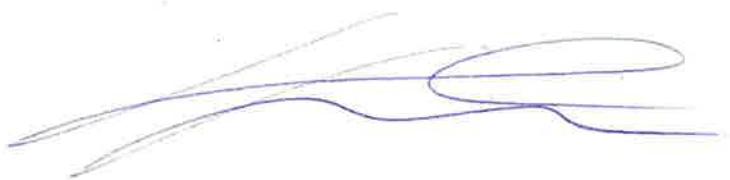
Ziel ist es, sicherzustellen, dass Entlastungsmaßnahmen am Mietmarkt nicht einseitig auf private Haushalte beschränkt bleiben, sondern auch für Unternehmer:innen Wirkung entfalten, damit Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und wirtschaftliche Stabilität erhalten bleiben.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Österreich stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich möge sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass Unternehmer:innen und Betriebe ausdrücklich in den Anwendungsbereich der Mietpreisbremse einbezogen werden, so dass für gewerbliche Mietverhältnisse mindestens die gleichen Rahmenbedingungen wie für private Mietverhältnisse gelten.



Marko Fischer
SWV-Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



Mag. Bernd Hinteregger
SWV-Präsident
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



Ing. Günter Löffler
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich